

## DIE BEITRÄGE FÜR ALT- UND NEUANSCHLIESSER DES WARL SIND BESCHLOSSEN

Nach vielen Diskussionen in der Verbandsversammlung des Wasserver- und Abwasserentsorgungs-Zweckverbandes Region Ludwigsfelde (WARL) wurde im Juni die Neufassung der Beitrags-, Gebühren und Kostenerstattungs-satzung beschlossen. Damit ist nun das schwierige Thema der Beiträge für die so genannten Altanschießer entschieden. Betroffen sind aber auch die Neuanschießer, da es einen einheitlichen Beitragsatz gibt.

gilt auch für die Bürger, die bereits Beiträge entrichtet haben, da nach Erreichen einer ausreichenden Liquidität beim WARL die Differenz zu den bisher beschiedenen Beiträgen erstattet wird.

### » Ein Kompromiss

Dieses Ergebnis kann aus Sicht der Stadt Ludwigsfelde, aber auch für die SPD, nur bedingt befriedigen. Es stellt unter Berücksichtigung aller Aspekte allenfalls einen Kompromiss dar. Andererseits ist dieser Kompromiss ein Erfolg für die Stadt Ludwigsfelde, denn die jetzt fälligen Beiträge belaufen sich auf nur 40% der ursprünglich beim WARL geplanten Abgaben! Dies ist auch ein Erfolg für die SPD in unserer Stadt, die mit dem Bürgermeister Frank Gerhard für dieses Ergebnis hartnäckig gekämpft hat!

### » Die Notwendigkeit dieser Entscheidung

Der Weg zu diesen jetzt fälligen Gebühren war ein aufwendiger Prozess, bei dem es zwischen den Beteiligten immer wieder zu zähen und emotionalen Streitgesprächen kam. Begonnen hat alles damit, dass die Verwaltung des WARL auf der Grundlage eines Urteils des Landesverfassungsgerichts Gebührenbescheide im Verbandsgebiet an Altanschießer versandte. Nachdem dies bei den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern zu verständlichen Widersprüchen und nachfolgenden Rechtsstreitigkeiten führte, die von den zuständigen Gerichten auf der Grundlage des Urteils des Landesverfassungsgerichts fast immer zu Ungunsten der Bürger entschieden wurden, bestand zunächst die Hoffnung, dass durch den Landesgesetzgeber rechtlich Klarheit geschaffen wird. Dies ist aber leider nicht geschehen.

### » Verschickung der Bescheide erst bei klarer Datengrundlage

Daraufhin wurde auf Betreiben der Stadt Ludwigsfelde als Mitglied des WARL zunächst beschlossen durch die Amtsleitung des WARL keine weiteren Beitragsbescheide zu versenden und die laufenden Verfahren „auf Eis“ zu legen.

In der darauf folgenden Zeit wurde die Verwaltung des WARL immer wieder aufgefordert, die Beitragskalkulation für das gesamte Verbandsgebiet transparent offen zu legen, da diese die Grundlage für die Beitragshöhe ist. Hierbei kam heraus, dass die vom WARL bis dahin erhobenen Beträge - bei einer voll umfänglichen Veranlagung im Verbandsgebiet - zu einer Überdeckung der zu erwartenden Kosten geführt hätten und schon aus diesem Grund unzulässig wären! Natürlich geht eine Beitragskalkulation mit einem in die Zukunft gerichteten Planungshorizont immer von gewissen Annahmen aus. Dies war auch bis zuletzt Streitpunkt zwischen der Amtsleitung des Verbandes und den Verbandsgemeinden untereinander, denn wenn die beschlossenen Beiträge für die zukünftigen Investitionen nicht auskömmlich sind, müssen die Fehlbeträge über steigende Gebühren kompensiert werden. Aus Sicht der Stadt sind Beitragssätze von 35 % (0,63 € für den Wasseranschluss und 1,47 € für den Abwasseranschluss) auskömmlich. Dies war aber in der Verbandsversammlung den Vertretern der anderen Gemeinden nicht zu vermitteln. **Daher bleiben die nun beschlossenen Beiträge das, was sie sind: ein Kompromiss für alle und bezogen auf die Ausgangssituation ein Erfolg für Ludwigsfelde und die Bürgerinnen und Bürger im Verbandsgebiet!**



Liebe Bürgerin,  
Lieber Bürger,

wo kein Sommer, da auch keine Pause, dies gilt jedenfalls seit einigen Wochen für die SPD in Ludwigsfelde. Es gab viel zu tun: So sammelten wir vor dem Kaufland Unterschriften für eine Initiative, die sich für ein Nachtflugverbot von 22.00 Uhr - 6.00 Uhr einsetzt. Das Nachtflugverbot am Flughafen BBI ist eine zentrale Forderung, die sich auch in der Positionierung der SPD in Teltow-Fläming wiederfindet. Die weiteren Forderungen an die Landesregierung können Sie im Artikel „Die Chancen des Flughafens BBI nutzen, die betroffenen Menschen entlasten“ nachlesen.

Zudem war in diesem Sommer auch die Hälfte der Wahlperiode der Stadtverordnetenversammlung um, so dass die SPD-Fraktion turnusgemäß ihre Fraktionsspitze neu gewählt hat. Die Fraktion hat meinen beiden Stellvertretern Angelika Österreicher und Frank Priefert sowie mir als Vorsitzende das Vertrauen für die 2. Halbzeit ausgesprochen und uns einstimmig im Amt bestätigt. Der Vorstand und alle Fraktionsmitglieder stehen Ihnen bei Fragen und Anregungen während der Bürgersprechstunden oder unter [post@spd-ludwigsfelde.de](mailto:post@spd-ludwigsfelde.de) zur Verfügung.

Viele Grüße  
Bettina Lugk



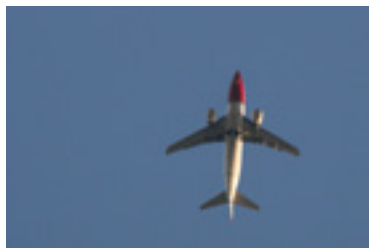
### » Das erzielte Ergebnis

Das Ergebnis dieses Beschlusses bedeutet in Zahlen, dass für die Herstellung einer Wasserversorgungsanlage 0,77 €/m<sup>2</sup> (0,72 € zzgl. 7% Umsatzsteuer von 0,05 €) und für die Herstellung einer Schmutzwasseranlage 1,68 €/m<sup>2</sup> erhoben werden. Für die Herstellung der Schmutzwasseranlage ist keine Umsatzsteuer fällig. Dies

## DIE CHANCEN DES FLUGHAFENS BBI NUTZEN, DIE BETROFFENEN MENSCHEN ENTLASTEN

Die SPD in Teltow-Fläming richtet sich mit einem Forderungskatalog an die Landesregierung und den SPD-Landesverband und bittet diese, sich für die Realisierung folgender Forderungen einzusetzen:

1. Durchsetzung des Nachtflugverbotes von 22.00 Uhr bis 06.00 Uhr. Bei der zu erlassenden Neuregelung dürfen lediglich enge Ausnahmen für das Starten oder Landen von verspäteten oder verfrühten Flügen, deren planmäßige Ankunfts- oder Startzeit vor 22.00 Uhr oder nach 06.00 Uhr liegt, vorgesehen werden.



2. Optimierung des Flugverfahrens zur Lärmreduzierung:

a. Verbesserung des Betriebsablaufs auf beiden Bahnen sowohl bei Starts als auch bei Landungen (wie z.B. Pistenmanagement und Anflugwinkel);

b. geknickte Anflugrouten zur Entlastung größerer Siedlungsräume bei den bisher ausschließlich geradlinig geplanten Anflügen, wie es sich beispielsweise bei Lan-

dungen aus Westen auf der Nordbahn anbietet;

c. Vermeidung einer Doppelbelastung durch Starts und Landungen über bewohnten Gebieten;

d. Verbindlichkeit der festgelegten Flugrouten bis zu einer Höhe von 10.000 Fuß;

3. die Flughafengesellschaft ist aufzufordern, die Lärmvermeidung zu verstärken, zum Beispiel durch eine deutliche Erhöhung der Gebühren für Starts und Landungen für lärmintensive Flugzeuge;

4. Ausschluss weiterer Start- und Landebahnen am Standort Schönefeld;

5. Bereitstellung der finanziellen Mittel für ein Gesundheitsmonitoring in den vom Fluglärm betroffenen Gemeinden, um den Gesundheitszustand der AnwohnerInnen auf freiwilliger Basis regelmäßig zu untersuchen;

6. finanzieller Ausgleich für die vom Fluglärm betroffenen Städte und Gemeinden in Form einer Ticketabgabe entsprechend des „Wiener Modells“ für Ausgleichsmaßnahmen;

7. Unterstützung jeglicher Gesetzesinitiativen, die gegen eine Aufweichung der geltenden ge-

setzlichen Nachtflugregelungen gerichtet sind.

Den Sozialdemokraten in der Region ist klar, dass der Flughafen BBI ein wichtiges Infrastrukturprojekt ist. Die Hauptstadtregion ist ohne einen Flughafen nicht vorstellbar. Es gehört zur Wahrheit dazu, dass es die brandenburgische SPD war, die sich vor 1996 für Sperenberg und nicht für Schönefeld eingesetzt hat. Nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes aus 2006 für den Bau des Flughafens Schönefeld ist der Standort allerdings Realität.

Die Entscheidung für Schönefeld als Flughafenstandort war die Entscheidung für einen begrenzten Standort mit einer massiven Belastung von über 100.000 Menschen. Die politischen Verantwortungsträger in Brandenburg müssen daher im Sinne dieser Betroffenen alle Chancen nutzen, um eine größtmögliche Entlastung zu erreichen. Der Spielraum dafür ist vorhanden, wie die Forderungen des Antrags zeigen.

Der Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Lärm muss höher gestellt sein, als die Wirtschaftsinteressen aller Beteiligten. Dies entspricht unserem Selbstverständnis als Sozialdemokraten. Wir sollten nichts unversucht lassen, um die Akzeptanz des neuen Flughafens zu verbessern und verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen.

## Andrea Wicklein ist jetzt Beauftragte der SPD für den Mittelstand und die freien Berufe



Die SPD-Bundestagsfraktion hat Andrea Wicklein zur Beauftragten für den Mittelstand / Freie Berufe gewählt. „Der Mittelstand und die Freien Berufe stehen vor gewaltigen Herausforderungen. Fachkräftemangel, Probleme bei der Unternehmensnachfolge oder die Unterstützung von Existenzgründungen sind die Themen, die den Mittelstand bewegen“, sagte Andrea Wicklein. „Die kleinen und mittleren Unternehmen sind das Rückgrat unserer Wirtschaft. Deshalb ist erfolgreiche Wirtschaftspolitik in erster Linie Mit-

telstandspolitik. Ich werde mich als Anwältin des Mittelstandes und der Freien Berufe vor allem für den Bürokratieabbau und eine verlässliche Unternehmensfinanzierung einsetzen“, so Andrea Wicklein. Der Mittelstand und die Freien Berufe in Deutschland beschäftigen drei von vier Arbeitnehmern. Im Unterschied zu Großunternehmen sind dort deutlich mehr Frauen in Führungspositionen und es werden weitaus mehr junge Leute ausgebildet. Darüberhinaus erwirtschaften sie die Hälfte der Nettowertschöpfung.

### Termine

Sitzungskalender der Stadtverordnetenversammlung Ludwigsfelde für das 2. Halbjahr 2011



#### August

- 16.08. SSKS-Ausschuss (Sozialausschuss)
- 17.08. Bauausschuss
- 18.08. Hauptausschuss

#### September

- 06.09. Stadtverordnetenversammlung (STVV)
- 13.09. SSKS-Ausschuss
- 14.09. Bauausschuss
- 15.09. Hauptausschuss

#### Oktober

- 11.10. STVV
- 18.10. SSKS-Ausschuss
- 19.10. Bauausschuss
- 20.10. Hauptausschuss

#### November

- 08.11. STVV
- 15.11. SSKS-Ausschuss
- 16.11. Bauausschuss
- 17.11. Hauptausschuss

#### Dezember

- 06.12. STVV
- 13.12. SSKS-Ausschuss
- 14.12. Bauausschuss
- 15.12. Hauptausschuss

Die Ausschüsse beginnen jeweils um 18.30 Uhr. Die STVV beginnt um 18.00 Uhr. Jede Sitzung beginnt mit einer Fragestunde für Einwohner.

### Infostand

Der nächste Infostand findet am 29.10.2011 vor dem Kaufland Ludwigsfelde statt.



Angelika Österreicher (li.) und Gundula Redecke (re.)

## IHK Potsdam zeichnet „Anerkannten Ausbildungsbetrieb“ aus

Die MTU Maintenance Berlin-Brandenburg GmbH in Ludwigsfelde bildet seit 1991 junge Menschen aus. Derzeit sind 54 der insgesamt 620 Beschäftigten Auszubildende, so dass die Ausbildungsquote bei 8,71 Prozent liegt. Für dieses Engagement zeichnete die Industrie- und Handelskammer Potsdam heute die MTU Maintenance Berlin-Brandenburg GmbH als „Anerkannten Ausbildungsbetrieb“ aus. In der Gesprächsrunde mit Geschäftsführer André Sinanian, Staatssekretärin Tina Fischer, dem Präsidenten der IHK Dr.-Ing. Victor Stimmig, Bürgermeister Frank Gerhard sowie weiteren Politikern wurde die Notwendigkeit der Ausbildung eigener Fachkräfte für das Unternehmen erläutert. Der Wirtschaftspolitische Sprecher SPD-Landtagsfraktion Sören Kosanke hinterfragte

die firmeninternen Modelle zur Fachkräftebindung und ging dabei auf die zukünftig steigende Bedeutung der Familienfreundlichkeit in Wirtschaftsunternehmen ein.



„Familienfreundlichkeit ist ein wichtiger Aspekt im Wettbewerb um die weniger werdenden jungen Menschen, die einen Ausbildungsplatz in der Region suchen.“ Die Stadt Ludwigsfelde hat dieses bereits erkannt und arbeitet mit dem DRK bei einem Pilotprojekt zusammen.

## Richtfest am Stadt- und Technikmuseum Ludwigsfelde

Endlich war es soweit: Das Richtfest für den Erweiterungsbau des Stadt- und Technikmuseum am Bahnhof wurde feierlich begangen.



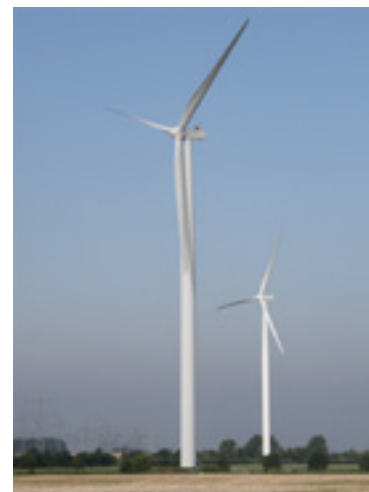
„Ich bin begeistert, was hier alles auf die Beine gestellt wurde“, freute sich Andrea Wicklein. „Bereits im Jahr 2009 bei meinem Besuch des Museums war ich überrascht, mit welcher Akribie und Engagement hier die 70jährige Technikgeschichte der Automobil- und Triebwerkstechnik lebendig gehalten wird. Der Verein „Freunde der Industriegeschichte Ludwigsfelde e.V.“ kann stolz auf das Erreichte sein. Mein besonderer Dank gilt hier stellvertretend Siegfried Urbanke, dem Vorsitzenden sowie ‚Motor und Herz‘ des Vereins“, sagte die SPD-Bundestagsabgeordnete. Eine komplette Sammlung von Ludwigsfelder Industrieprodukten

wurde zusammengetragen und von Ingenieuren und Meistern von Daimler, MTU, Thyssen und der IFA ausstellungsreif vorbereitet. Allein 15 Fahrzeuge können schon jetzt in der kleinen Halle bestaunt werden. „Als die Idee für einen Museumsanbau und ein Touristikzentrum geboren wurde, war ich sofort begeistert. Noch fehlte aber das nötige Geld. Die Stadt Ludwigsfelde hatte sich von Anfang an zu diesem Projekt bekannt und bereits 2009 mehr als 350.000 Euro zur Verfügung gestellt. Aber damit waren die Gesamtkosten von 774.000 Euro leider noch nicht gedeckt. Nach langen Verhandlungen mit dem Brandenburgischen Kulturministerium, unzähligen Gesprächen und Nachbesserungen des Antrages kam im Oktober 2009 endlich die Zusage über die fehlenden 375.000“, erinnert sich Andrea Wicklein.

„Das harte Ringen des Vereins und der Stadt haben sich am Ende gelohnt. Darüber freue ich mich sehr und bin auf die Eröffnung schon sehr gespannt.“ so Bürgermeister Frank Gerhard. [www.museum-ludwigsfelde.de](http://www.museum-ludwigsfelde.de)

## 10 PUNKTE FÜR EINE ENERGIEWENDE. ENERGIESTRATEGIE TELTOW-FLÄMING 2030

Nicht erst seit den Schreckensbildern von der Ölkatastrophe im Golf von Mexiko und der Atomkatastrophe von Fukushima strebt die SPD Teltow-Fläming die Energiewende mit einer Energieversorgung aus 100% erneuerbaren Energien an.



Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist in Deutschland bereits auf einem guten Weg und weiter fortgeschritten als es selbst die Befürworter vor wenigen Jahren zu hoffen wagten. Das Land Brandenburg und auch der Kreis Teltow-Fläming spielen dabei eine Vorreiterrolle. Schon heute wird mehr als die Hälfte des Strombedarfs in unserem Landkreis aus erneuerbaren Quellen erzeugt.

Doch angesichts der Katastrophen und des zunehmenden Energiebedarfs in der Welt müssen die Anstrengungen weltweit verstärkt werden. Jedes Land, jede Region, jede Stadt und jeder Einzelne muss dazu beitragen, dass die existenzbedrohenden Gefahren aus Kernkraftwerken, die Schädigung des Klimas durch den Ausstoß von CO<sub>2</sub> und anderen Treibhausgasen und die Vergiftung von Luft, Boden und Wasser gebannt werden.

Die SPD Teltow-Fläming bekennt sich zu den Zielen des Klimaschutzes und der Forderung nach einem schnellstmöglichen weltweiten Atomausstieg. Sie will, dass die Energiewende auch in Teltow-Fläming beschleunigt und das Ziel einer Energieversorgung

aus 100% erneuerbaren Energien möglichst schnell erreicht wird. Ziel ist es, in Teltow-Fläming bis zum Jahr 2020 mindestens soviel Strom aus erneuerbaren Energien zu erzeugen, dass damit mengenmäßig der gesamte Strombedarf im Landkreis vollständig gedeckt werden kann. Bis zum Jahr 2030 soll die Wärmeversorgung zu 50% aus erneuerbaren Energien und energieeffizienter und umweltschonender Kraft-Wärme-Kopplung erzeugt werden. Der CO<sub>2</sub>-Ausstoß aus der Strom- und Wärmeerzeugung soll bis 2020 um 50% und bis 2030 um 65% gegenüber 2010 gesenkt werden. Dies setzt eine Herabsetzung des Wärmeverbrauchs durch Wärmeschutzmaßnahmen um mehr als ein Drittel voraus.

Dabei muss Energie jederzeit zuverlässig zur Verfügung stehen und für jedermann bezahlbar bleiben. Für die Stromversorgung aus erneuerbaren Energien wird ein Energiemix angestrebt, der im Zusammenwirken eine zuverlässige Versorgung sicherstellt und außerdem möglichst ortsnah erfolgt, d.h. weite Transportwege und die damit verbundenen Leitungskosten und kostentreibenden Abhängigkeiten möglichst vermeidet.

Um diese Ziele zu erreichen sollen in Teltow-Fläming vorrangig folgende 10 Projekte verfolgt werden:

Nutzung der Sonnenenergie, der Windenergie und der Biomasse, Kraft-Wärme-Kopplung; Energieeinsparung; bürgerschaftliche Finanzierungs- und Beteiligungsmodelle; kommunale Energie- und Klimaschutzprogramme; Rekommunalisierung privatisierter Netze und Energieerzeugungsanlagen; Aufbau eines Beratungszentrums für erneuerbare Energien und Energieeinsparung und Beteiligung und Akzeptanz. Wenn Sie sich für die Forderungen im Wortlaut interessieren, schicken wir in Ihnen gern unser Positionspapier zu.

LÖWENBRUCH  
GROß SCHULZENDORF  
AHRENSDORF  
WIETSTOCK  
SIETHEN  
GRÖBEN  
SCHIAB  
KERZENDORF  
JÜTCHENDORF  
EINFACH LEBENSWERT  
MIETGENDORF  
GENSHAGEN

## Kurz notiert

### Die SPD fordert: Keine LKW-Maut auf der B96 und B101!

Am 27. Mai hat der Bundesrat die LKW-Maut für vierspurige Fernverkehrsstraßen beschlossen. Das betrifft in unserem Landkreis die B 96 und die B101.

Die Entscheidung führt zur Benachteiligung der dort angesiedelten Unternehmen, insbesondere der Logistikunternehmen und der Standorte, wie dem GVZ Berlin Süd – Großbeeren und der Gewerbegebiete. Erfahrungen der Vergangenheit zeigen, die Ausweisung von Mautstrecken führt außerdem dazu, dass sich der Verkehr auf andere Straße verlagert. Damit ist mit einer unzumutbaren Belastung der Ortsdurchfahrten zu rechnen.

## Impressum

### Herausgeber:

• SPD-Ortsverein Ludwigsfelde  
• SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Ludwigsfelde

### Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes:

Bettina Lugk - Vorsitzende  
(mit Material von Andrea Wicklein, Norbert Kunz, Ines Büsser, Norbert Glante)

### Kontakt:

SPD-Bürgerbüro  
Albert-Tanneur-Straße 27  
14974 Ludwigsfelde

### Gestaltung:

ARTLOOM Media&Design GbR  
www.artloom.de

### Auflage:

10.000 Exemplare

## EU: LEBENSMITTELGESTZGEBUNG



„Man soll dem Leib etwas Gutes bieten, damit die Seele Lust hat, darin zu wohnen.“ Gemäß diesem Zitat von Winston Churchill sollen die Bürger der Europäischen Union in Zukunft bewusst wählen können, was ihnen schmeckt und ihrem Wohlbefinden dient. Konkret sollen die Verbraucher besser über die Inhaltsstoffe von Lebensmitteln informiert werden. Die Europaabgeordneten haben im Juli eine Verordnung über die Eti-

kettierung von Lebensmitteln und über die Verwendung geklonter Tiere für die menschliche Nahrung mit großer Mehrheit angenommen. Bislang ist auf Lebensmitteln lediglich die Auflistung aller Zutaten verpflichtend. „Laut den neuen EU-Regelungen muss in Zukunft auf den Verpackungen eine Nährwertkennzeichnung zu finden sein, die den Anteil von Energiewerten, Fett, gesättigten Fettsäuren, Kohlenhydraten, Eiweiß, Zucker und Salz je 100 g bzw. je 100 ml angibt. Enthalten Lebensmittel sogenannten Analogkäse, Klebefleisch oder -fisch, muss das auf der Verpackung gekennzeichnet werden. Ebenso verpflichtend wird die Kennzeichnung von Allergenen. Besonders verbraucherfreundlich ist das Verbot von irreführenden Aufmachungen von Produkten. Wenn beispielsweise Jogurtverpackungen Früchte abbilden, muss der Jogurt diese künftig auch enthalten,“ so Brandenburgs Europaabgeordneter Norbert Glante.



## WICKLEIN KRITISIERT MITTELKÜRZUNGEN FÜR JOBCENTER-TF

Das JobCenter Teltow-Fläming wird in diesem Jahr vom Bund erheblich weniger Mittel für Eingliederungsleistungen bekommen. Darauf weist die Bundestagsabgeordnete Andrea Wicklein hin. „In Teltow-Fläming stehen dem JobCenter rund 4,8 Millionen Euro weniger für Eingliederungsleistungen zur Verfügung als noch 2010. Das bedeutet eine Kürzung um fast 32 Prozent. Auch das Programm des Landes ‚Arbeit für Brandenburg‘ ist betroffen, denn es wird zu 62 Prozent aus den Eingliederungsmitteln der JobCenter finanziert“, beklagt die SPD-Politikerin. „Das Traurige daran ist, dass mit diesen Kürzungen die nach wie vor hohe und verfestigte Langzeitar-

beitslosigkeit nicht weiter abgebaut werden kann. Die Kürzungen beschneiden die Lebenschancen der Menschen vor Ort“, kritisiert sie. Beim hiesigen JobCenter, so Andrea Wicklein, fehle jetzt das Geld für dringend erforderliche Weiterbildungs-, Qualifizierungs- und Umschulungsmaßnahmen und für öffentlich geförderte Beschäftigung. Betroffen sei besonders die Vermittlung von Langzeitarbeitslosen. Standen im Jahr 2010 insgesamt 6,6 Mrd. Euro für Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung, so sind es im Haushaltsjahr 2011 nur noch 5,3 Mrd. Euro. Das ist im Durchschnitt aller JobCenter eine strukturelle Mittelkürzung von rund 20 Prozent.

## Erster Beigeordneter gewählt



René Böttcher wurde in der letzten Stadtverordnetenversammlung vor der Sommerpause als Erster Beigeordneter der Stadt Ludwigsfelde vereidigt. Der 43-jährige Sonderpädagoge, der bisher an der Kleeblatt-Grundschule und an der Fontane-Grundschule in Ludwigsfelde tätig war, hat seit dem 01. August in der Stadtverwaltung die Aufgaben im sozialen und kulturellen Bereich übernommen. Zudem ist er für die Kindertagesstätten, für Schulen und den Bereich Sport zuständig. Der geborene Ludwigsfelder war zuvor lange Zeit Stadtverordneter in der STVV Ludwigsfelde.

## Wicklein unterstützt Frauenhaus Ludwigsfelde



Andrea Wicklein besuchte kürzlich das Frauenhaus Ludwigsfelde, ein Projekt des Frauenstammtisches e.V. Sie schätzt das Engagement von Frau Slesacek und ihrem kleinen Team, die für 91.000 Einwohner zuständig sind. Im Gespräch erfuhr die Abgeordnete von den schwierigen und oftmals vielschichtigen Problemlagen, die Frauen dazu bringen, Hilfe im Frauenhaus zu suchen. Auch steigt der Beratungsbedarf. Hintergrund für den Besuch sind das Engagement der SPD-Bundestagsfraktion für notwendige Frauenhäuser und deren Finanzierung. Zuletzt hatte Andrea Wicklein 2010 einen Antrag der SPD-Bundestagsfraktion mit eingebracht.